

## Wir können alles ...

Was die Parteien bieten. Bildungspolitik vor den Wahlen 2009

Matthias Fechner

Am Ende eines langen Winters entschloss sich Tim, das Letzte zu geben. Er fuhr zu seiner alten Schule. Dort erschoss er zehn Menschen in drei Minuten. Ob er stolz darauf war, wissen wir nicht genau. Immerhin wird bezeugt, er habe auf seiner Flucht gelacht und wollte von seiner Geisel zu einer weiteren Schule gefahren werden. Manche Quellen behaupteten danach, der jugendliche Mörder schwelgte im Blut- rausch. Gefühlsströme aber können sich mischen, und möglicherweise drehte im tödlichen Strudel doch ein wenig Stolz: Auf die präzisen Schüsse, die Zahl der Toten, den hohen Rang in der Tabelle der Amokläufer und das sichere Wissen um den medialen Glorienschein, der seinem Namen und seinem unscharfen Bild deshalb zuteil werden würde.

So war es dann, leider. Wobei sich der Werbeslogan des fleißigen Ländles auf furchtbare Weise bestätigte. Das konnten sie also auch, in der schwäbischen Provinz, in Winnenden.

Nun deckt sich auf unheimliche Weise die Tat des Tim Kretschmar mit Aussagen und Positionen des Philologenverbandes von Baden-Württemberg. Einer recht einflussreichen Organisation, die sich durch die CDU-Regierung und ihren Bildungsminister, Helmut Rau, ganz passabel im Stuttgarter Landtag vertreten sieht. Der Verband weist auf seiner Webseite »besonders« darauf hin, dass »der akademische Bachelor v.a. im angloamerikanischen Bereich ... eine dem Abiturkönnen nahe Qualifikation« darstellt, weshalb »die entsprechenden High School- und College-Stufen der gymnasialen Oberstufe in allen Belangen unterlegen sind.«<sup>1</sup> In allen Belangen: Man vermag sich nur schwer vorzustellen, wo das endete. Aufgrund seiner massiven Überlegenheit müsse das dreigliedrige Schulsystem erhalten werden, denn »die Gymnasiallehrerschaft hat entscheidenden Anteil an der Her-

ausbildung der Leistungselite unseres Landes und seiner wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Führungsstellung.«<sup>2</sup> Nach zehn oder mehr Jahren Schulbesuch werden diese Erwartungen von vielen Jugendlichen durchaus verinnerlicht. Der verblendete Tim Kretschmar hätte vermutlich auch gerne einer solchen Leistungselite angehört, aber ehemalige Realschüler ohne Ausbildungsplatz sind davon selbstverständlich ausgeschlossen. So ging er andere Wege zur Spitze, die ihn am Ende doch wieder in seine alte Schule führten – und eben nicht zum Einkaufszentrum, zum Tischtennisverein, zur S-Bahnstation – um es denen mal richtig zu zeigen.

Dabei war und ist er nicht der einzige, den eine labile Psyche aus den vorgeschriebenen Bahnen des Lebens wirft. Jeder Lehrer einer nach Abschlüssen differenzierenden Schulart kennt beispielsweise die enttäuschten, entsetzten, panischen Reaktionen nach Verkündung des Urteils: Hauptschulabschluss mit anschließendem Abgang. In meinem ersten Jahr als Klassenbetreuer an einer Waldorfschule wusste ich noch nicht um die Wucht jener Entscheidung, sprach sie also neutral aus, wie eine Ermahnung oder eine schlechte Bewertung. Ein Mädchen brach unter Weinkrämpfen zusammen, ein anderes riss das Fenster auf, sprang in den Rahmen und drohte sich hinauszustürzen. Inzwischen sind einige Jahre vergangen. Das Mädchen sprang nicht, hat später ein Kind bekommen und lebt in einer glücklichen Beziehung. Der Paradigmenwechsel ist offensichtlich. Was vor Jahrzehnten zur gesellschaftlichen Stigmatisierung führte (uneheliches Kind), verschafft heute eine soziale Aufgabe. Der Wert eines Zeugnis-papiers aber, das man damals in die Schublade legte, um sich ins echte Leben zu begeben, ist heute auf ein Niveau gefallen, das früher einem Haft-

entlassungsschein zugemessen wurde. Und das Problem, der Fleck auf dem Papier ist groß: Zu viele werden unschuldig verurteilt. 2006 verließen in Deutschland 159.596 Menschen die Schule mit Hauptschulabschluss, 75.897 – also 7,9% aller Schüler – erhielten gar keinen Abschluss.<sup>3</sup> Dabei sollte man berücksichtigen, dass gar nicht mehr alle Bundesländer den Hauptschulabschluss anbieten (wobei ein sächsischer Regelschulabschluss auch keinen Zugang zu umfassender Bildung und gesellschaftlicher Partizipation gewährleistet), in Baden-Württemberg fordern oberschwäbische Hauptschulkonrektoren inzwischen sogar die schnellstmögliche Abschaffung der eigenen Schulart und die Einführung von Gemeinschaftsschulen.<sup>4</sup> Doch die meisten Menschen in unserer Gesellschaft kennen die Gegenwart einer Hauptschule nur aus Talkshows und süffisanten Statements unserer Politiker. Das Versagen der Schulsysteme zeigt sich eben nicht in bunten Bildungsplänen oder den unbestritten hohen Subventionen, sondern im Klassenzimmer, in den Gängen und Toiletten, in den Heften und Taschen, in den berechtigten Hoffnungen und Ängsten der Schüler und im Geist der Lehrer. Das allerdings wird in den Evaluations- und Zertifikationsverfahren nur oberflächlich oder gar nicht gespiegelt. Echte Veränderungen finden zuerst im Kleinen statt, durch die Initiative entschlossener Menschen. Große, umfassende Reformen bleiben nicht etwa den Lehrern, den Eltern oder gar den Schülern vorbehalten, sondern der Legislative, den Parlamentariern. In klimatisierten Ausschussräumen, bei Thermoskaffee und Butterbrezeln, berät, diskutiert, beschließt man Gesetzesvorlagen (oder auch nicht); und wir dürfen das Glück zitieren, wenn dort Menschen sitzen, die erlebt haben, worüber sie sprechen. Einigt man sich auf eine Vorlage, wird sie im Plenum gelesen und debattiert und, wenn sich eine Mehrheit findet, verabschiedet.

Die entscheidende Mehrheit findet sich natürlich nicht von selbst, sondern wird von uns allen beauftragt, sofern wir nicht minderjährig, straffällig geworden, entmündigt oder im Besitze des falschen Passes sind. Um diesen Auftrag zu erhalten, werden auch in diesem

Jahr an öffentlichen Plätzen die Tapetentische ausgeklappt, auf denen neben Bonbons und Luftballons die Programme der Parteien liegen. Und an den Tischen tummeln sich die Stimmenfischer, die großen und kleinen Parlamentarier, um Rede und Antwort zu stehen. In diesem Jahr besonders häufig, denn in acht Bundesländern dürfen bei Kommunalwahlen die Kreuze gesetzt werden, zeitgleich mit den Europawahlen am 7. Juni. Schließlich folgen vier Landtagswahlen und am 27. September die Bundestagswahl. Wirklich wichtig in der schulischen Bildungspolitik sind zwar die Entscheidungen auf Landesebene, die größte Bedeutung aber wird der Bundestagswahl zugemessen.

### *Wer bietet mehr?*

Deshalb lohnt es sich, einen flinken Blick in die Bildungsprogramme der größten Parteien für diesen Wahlkampf zu werfen. Wer nun glaubt, die Parteien glichen sich in ihren Aussagen an, um die magische (und recht unscharfe) Mitte zu erreichen, sieht auf dem Feld der Bildungspolitik eine durchaus heterogene Saat, die freilich auf zwei breiten Streifen keimt. So gibt es einerseits Parteien, die eine Gemeinschaftsschule anstreben und den Zugang zu Bildung vereinfachen wollen (Grüne, Die Linke, SPD). Andererseits setzen gerade die bürgerlichen Parteien (CDU/CSU, FDP) und die NPD auf die Erziehung einer Leistungselite in der Fortführung des mehrstufigen Schulsystems.

Die Christdemokraten verkünden – wenig überraschend – den »Aufbruch in die Bildungsrepublik«,<sup>5</sup> auf »vielen Lernwegen«, unter besserer »Verzahnung von Bildungsstufen und -bereichen.« Dabei sollen die Schullaufbahnen »durchlässig« und »möglichst zu jedem Zeitpunkt flexibel sein«. »Besondere Aufmerksamkeit gilt Hochbegabten, Lernschwachen und Menschen mit Behinderung«. Gerade Letztere müssten gezielt integriert werden, denn der selbstverständliche »Umgang mit der jeweiligen Normalität des Anderen, seinen Stärken und Schwächen, ist Kindern schon früh zu vermitteln, damit Barrieren – vor allem in den Köpfen – gar nicht erst entstehen.«

Bürger, deren Kinder sich nicht auf den »vielen Lernwegen« verirrt haben, mögen diese Aussagen beruhigen. Was freilich die Durchlässigkeit der Bildungslaufbahnen betrifft, so macht der Schulbericht von Bildungsministerium und Kultusministerkonferenz präzisere Aussagen. Tatsächlich kommen auf jeden Aufwärtswechsel fünf Abwärtswechsel. In Berlin ist die Relation mit 1:15 sogar besonders drastisch. Selbst unter den Aufsteigern gelingt kaum ein Wechsel von der Realschule auf das Gymnasium, die (magere) Quote wird vor allem durch Übertritte von der Haupt- auf die Realschule erreicht.<sup>6</sup> Natürlich besteht für Realschüler nach erfolgreichem Abschluss der 10. Klasse in manchen Bundesländern die Gelegenheit unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Notenschnitt von wenigstens 2,5 in den Kernfächern) auf ein Gymnasium zu wechseln. In der Praxis führte dies jedoch zu einer künstlichen Anpassung der Leistungsmessung durch wohlwollende Vergabe guter Noten, was die Glaubwürdigkeit des staatlichen Normensystems auf Dauer unterminiert. Auch der Umgang mit Behinderten findet an deutschen Schulen keineswegs so barrierefrei statt, wie es im Programm der Union verkündet wird (und wie man es beispielsweise aus Schweden kennt). Wer das überaus zähe Genehmigungsverfahren der Integrativen Waldorfschule Emmendingen im unionsregierten Bundesland Baden-Württemberg verfolgt hat, ahnt, dass der »Umgang mit der jeweiligen Normalität des anderen« dort überall vermittelt werden kann, nur nicht zwischen Mitschülern unterschiedlicher Fähigkeiten im gleichen Klassenzimmer.<sup>7</sup> Dies allerdings sollte man berücksichtigen: Die Union versteht sich in der Bildungspolitik nicht als umfassend reformierende Kraft, mit Forderungen, die als utopisch verstanden werden könnten, sondern bekennt sich zum tatsächlich Bestehenden, auch wenn dies soziale Ungerechtigkeiten zur Folge hat. Positive und negative Seiten christdemokratischer Politik sind in vielen Bundesländern sichtbar, werden daher kaum in ausgefeilten Programmentwürfen wiederholt.

Die Freien Demokraten, als mögliche Koalitionspartner der Union, trumpfen dagegen mit

einem detaillierten Bildungsprogramm auf, aus dem der Wille nach Veränderung klar zu erkennen ist. Schon ab dem ersten Lebensjahr sollen Kinder Bildungs- und Betreuungsgutscheine für außerschulische Einrichtungen (»Krippen, Musikschulen oder Sportvereine«<sup>8</sup>) erhalten, um eine höhere gesellschaftliche Partizipation zu erreichen. Dies wird, aus liberaler Sicht, mit Vernetzung der Bildungsumfelder (»Kirchen, Elterninitiativen, Kommunen und privat-gewerbliche Anbieter«), Entwicklung von Kindertagesstätten zu »Familienzentren« verstärkt. Durch Abschaffung der Schuleinzugsbereiche soll eine freie Schulwahl ermöglicht werden. Schulen in freier Trägerschaft dürfen, nach Wunsch der Liberalen, »nicht diskriminiert und müssen gleichberechtigt mitfinanziert werden.«<sup>9</sup> Junglehrer sollen nicht mehr automatisch verbeamtet werden, was den Schulleitern eine höhere Personalautonomie gestattet. »Leistungsbezogene Gehaltskomponenten« belohnen engagierte Pädagogen, die Einführung von Präsenzzeiten unterstützt einen »rhythmisierten Schulalltag«, wobei die »Lehrerarbeitszeit ... neu definiert werden« soll. Was man darunter zu verstehen habe, lässt die FDP leider offen. Genau an diesem Satz aber tritt die Kehrseite des Programms zutage. Denn die Liberalen scheinen darin ein Verständnis des Lehrerberufes zu definieren, das nicht wirklich frei und demokratisch klingt. Das Dasein des Lehrers beschränkt sich auf den Unterricht, der exakt und extern kontrolliert wird. »Bildungsstandards, definiert von unabhängigen Sachverständigen« müssen umgesetzt werden, bevor man »die jeweiligen Ergebnisse der öffentlichen Bildungseinrichtungen ... extern evaluiert und der Öffentlichkeit präsentiert.« Gefordert werden dazu auch neue »Erkenntnisse(n) der Bildungsforschung«, deren »didaktische Konzepte ... direkt im Unterricht« umgesetzt werden müssen. Damit die Lehrer die gesetzten Ziele erreichen, dürfen sie folglich »nicht mit überflüssigen Verwaltungsaufgaben belastet werden.« Das übernehmen ausschließlich die Schulleiter, die »mehr in Richtung Schulverwaltungsmanagement hin qualifiziert werden.« So wird ein überraschend bürokratisches, hierarchisches und kostenin-

tensives System entworfen, das in Großbritannien, wo ein ähnlicher Ansatz (mit der staatlichen Agentur *Ofted*) bereits praktiziert wird, zu vielem geführt hat – nur nicht zu einer Verbesserung der Bildungslandschaft.<sup>10</sup>

Ein Bonbon und ein blaugelbes Trostpflasterchen verteilen die engagierten Besserverdiener aber dennoch in ihrem Programm. Jeder Lehrer darf sich alle zehn Jahre für sechs Monate an einer Hochschule weiterbilden. Und: Schulen in freier Trägerschaft müssen nicht, sondern können an der Evaluation »auf freiwilliger Basis teilnehmen.« Wer eine wertende Aussage zum dreigliedrigen Schulsystem erwartet, wird enttäuscht. »Das durchlässige Bildungssystem«, heißt es lapidar, »sichert faire Aufstiegschancen.«<sup>11</sup> Warum sollte man künftige Koalitionspartner mit schwer verdaulichen Stellungnahmen belasten?

Aussagen mit abgelaufenem Verfallsdatum tischt dagegen die NPD auf, deren Programmatik hier aus zwei Gründen behandelt wird. Zum einen stellt sie in den östlichen Bundesländern eine politische Kraft dar, die auch argumentativ bekämpft werden muss. Zum anderen lässt sich im Programm dieser Partei eine inhaltliche Bruchlinie erkennen, die eine personelle und damit organisatorische Spaltung erahnen lässt. »Die NPD bekennt sich zum dreigliedrigen Schulsystem.«<sup>12</sup> Mehr noch, sie fordert die Abschaffung der Gesamtschule und die »Durchsetzung des Zentralabiturs nach bayerischem Vorbild in ganz Deutschland.« Ein hoher Anspruch, dem wohl nicht alle NPD-Mitglieder genügen. Doch dies gebieten die dramatischen Umstände, denn »weite Teile der Jugendlichen drohen zu nützlichen Konsumidioten der Großkonzerne und Medien zu verkommen.« Geschuldet ist der Kulturverfall einem »kollektivistischen Schul- und Hochschulsystem«, das hilft »bei der Anwendung repressiver Maßnahmen zur Durchsetzung multikultureller Ideologie, der einseitigen Interpretation der Geschichte und der Einführung totalitärer Regeln zur Unterdrückung politisch Andersdenkender ... z.B. ... willkürliche(n) Kleiderordnungen ...«<sup>13</sup> Inhaltlich kontern die Nationaldemokraten mit dem Vorschlag, keine Fremdsprachen mehr in der

Grundschule zu lehren. Administrativ weisen sie an, »ausländische Kinder ... in homogenen Klassenverbänden und in ihrer Muttersprache zu unterrichten.«<sup>14</sup> Mit einem Wort: Sie fordern Segregation, wie einst in den Südstaaten oder Südafrika praktiziert. Nur wäre der Ansatz der NPD brutaler, weil er noch umfassender und willkürlicher griffe. Die verbliebenen deutschen Schüler werden dann – selbst in einer achten oder neunten Klasse der Hauptschule – mit »Philosophie, Ethik und Kunstgeschichte des Abendlandes von ihren Anfängen im Griechentum bis zur Gegenwart – der Metaphysik Heideggers etwa oder der Tonkunst eines Richard Strauss«<sup>15</sup> gepöppelt. Denn, so die NPD, »die deutsche Wirtschaft benötigt qualifiziertes Personal.« Offensichtlich wurden hier von zwei Gruppierungen ohne jegliches Maß Pfefferkörner und Zuckerstücke in den Programmnapf geschüttet, was den Brei für Schüler, die ihn auslöffeln müssten, ungenießbar macht.

Leichtere Rezepte bieten die Parteien, die im Parlament noch immer auf der linken Seite sitzen. Sozialdemokraten, Linke und Grüne fordern eine kostenlose Förderung ab dem ersten oder zweiten Lebensjahr, später auch die Gemeinschafts- bzw. Basisschule bis zur zehnten Klasse. Diese soll nicht verbindlich und flächendeckend, nur als Möglichkeit eingeführt werden. Die Kindertagesstätte bzw. Gemeinschaftsschule soll bei SPD und Grünen – wie bei der FDP – in ein soziales Umfeld eingebettet werden. In der Ausführung solcher und anderer Pläne will man bei den Sozialdemokraten jedoch unbürokratischer als bei den Liberalen verfahren. Schulen sollen »selbständiger arbeiten«, obwohl sie »verbindliche Standards« befolgen müssen, bei regelmäßiger Überprüfung der »Leistungsfähigkeit«. Was bei den Freidemokraten in einer Veröffentlichung quantifizierter Bewertungen resultieren soll, kann dagegen bei der SPD zu mehr »Kreativität und Kompetenz« führen.<sup>16</sup> Ähnlich wie im Programm der CDU findet man bei der SPD wenig konkrete Neuerungsvorschläge, denn in Ländern mit sozialdemokratischer Regierung kann man die kühne Forderung stets an der nüchternen Realität messen. Doch auch diese spricht für sich, betrachtet man beispiels-

weise die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft. Verwendet die SPD kein Wort, kein einziges Zeichen auf dieses Thema in ihrem jüngsten Grundsatzprogramm, so lässt sie den Waldorfschulen in Rheinland-Pfalz inzwischen dieselbe finanzielle Unterstützung zuteil werden, wie ihren staatlichen Nachbarn.<sup>17</sup> Die Linke wird ihre Pläne, wie die NPD, vermutlich nicht mit eigener Regierungspraxis vergleichen müssen und verliert sich deshalb in scharfen Forderungen, die zwar nicht den Untergang des Abendlandes, aber doch ebenfalls den Verlust der Bildung beklagen. Ein nationaler Bildungspakt soll »bundesweit hochwertige Bildung für alle« garantieren, das »Recht auf Bildung« muss im Grundgesetz verankert, alle Schul-, Prüfungs- und Studiengebühren abgeschafft, Studienzugänge geöffnet, pädagogische Fachkräfte vermehrt, Leistungen nach BaföG elternunabhängig erteilt werden.<sup>18</sup> Dies alles und noch viel mehr würde Lafontaine also machen, wenn er Kanzler wär'. Die Grünen rechnen mit einer Regierungsbeteiligung, drücken sich aber in Anbetracht schwieriger Koalitionszusagen zurückhaltender aus, obwohl sie ebenfalls die Basisschule und das gemeinsame Lernen aller Kinder (auch der behinderten) bis Klasse 10 anstreben. Finanziell schwächere Schüler müssen zudem gefördert werden, mit weitgehender Übernahme aller zusätzlich anfallenden Kosten (»Mittagessen, Schulbücher, aber auch Zirkel und Taschenrechner, die Fahrt zur Schule und Klassenreisen ...«). Bundeseinheitliche Qualitätssiegel, wie sie beispielsweise schon an Waldorfschulen erprobt werden, sollen nicht nur an Schulen, sondern auch an Kindertagesstätten und bei Praktikumsgebern (*Faires Praktikum*) für Niveau und Transparenz sorgen. Eine klare Abgrenzung erfolgt mit dem *Bildungssoli* gegenüber der Linken; denn die Grünen schlagen vor, den Solidaritätszuschlag nicht mehr ausschließlich in den Osten, sondern vor allem in die gesamtdeutsche Bildung fließen zu lassen.<sup>19</sup> Die Aussagen der Parteien mögen verwirren. Aber es gibt eine Gelegenheit, ihre Verbindlichkeit vor der Wahl zu überprüfen. Schauen Sie doch einmal am Samstagmorgen auf dem Marktplatz oder in der Fußgängerzone nach

den bunten Sonnenschirmen und den Broschürenentischen. Lächelt der Kandidat nicht nur vom Plakat, reicht ihnen sogar die Hand, einen Flugzettel oder ein gutes Wort, dann fragen sie doch einfach, auf welche Schule er seine Kinder schickt (oder schicken würde), und wie er diese Entscheidung begründet? Vielleicht erfahren Sie dann mehr, als in den Programmen steht.

1 [www.phv-bw.de/Veroeffentlichung/Publikationen/GBW\\_2008\\_05/07-Basisschule.html](http://www.phv-bw.de/Veroeffentlichung/Publikationen/GBW_2008_05/07-Basisschule.html), 29.03.09, 20:26 Uhr.

2 Ebd.

3 Klieme, Eckhard et al.: *Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I*, Bielefeld 2008, S. 270-72.

4 Vgl. dazu die Website der Initiative: <http://www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de/schule-bw.htm>

5 So der Untertitel des Bildungsprogrammes der Union: *Aufstieg durch Bildung*, 17.11.2008, aus dem in den folgenden Zeilen zitiert wird.

6 Klieme, a.a.O., S. 66.

7 Vgl. [www.waldorfschule-emmendingen.de/print/Prozessbericht.html#Letzter%20Stand](http://www.waldorfschule-emmendingen.de/print/Prozessbericht.html#Letzter%20Stand), 14.04.2008, 21:08 Uhr

8 *Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei. Entwurf nach Beratung in der Bundesvorstandssitzung am 23. März 2009*, S. 45.

9 *Die Mitte stärken*, S. 46.

10 Vgl. Anthea Lipsett: *Teachers react with disbelief to Ofsted's claims that teachers support school inspections*, in: [guardian.com.uk](http://guardian.com.uk), 9 April 2009.

11 *Die Mitte stärken*, S. 46/7.

12 NPD-Parteivorstand (Hrsg.), *Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland* (Berlin: o. J.), S. 61.

13 Ebd., S. 56.

14 Ebd., S. 58.

15 Ebd., S. 58.

16 SPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD. Beschlossen auf dem Hamburger Parteitag*, 28.10.2007, S. 63.

17 <http://www.stk.rlp.de/rlp/nav/c22/c2270a68-4cba-6dfe-ebc4-f15f96529772&uCon-38275691-d178-f115-3a16-e5c3899d11eb&uTem-aaaaaaaa-aaaa-aaaa-000000000042>, 14.4.2009, 22:20 Uhr.

18 *Die Linke – Bundestagswahlprogramm 2009* – Entwurf vom 24. März 2009, S. 30 ff.

19 Vgl. [www.gruene.de/einzelansicht/artikel/kein-kind-zurueck-lassen.html](http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/kein-kind-zurueck-lassen.html)